

Sitzung des Stadtrates am 22. März 2010

Von den insgesamt 102 Beratungspunkten, die auf der Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates am 22. März 2010 standen, beschäftigten sich 46 allein mit der Haushaltsverabschiedung des Jahres 2010 und dem vorgeschlagenen Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) des Oberbürgermeisters. Die Mitglieder des Rates wurden bereits vor dem Rathaus von zahlreichen Demonstranten empfangen, die gegen die vorgeschlagenen Kürzungen und Streichungen in den Bereichen Kultur, Sport, Schulen, Jugendarbeit und Soziales protestierten.

Ein neues Bündnis

SPD, Grüne und Linkspartei hatten bereits im Vorfeld der Ratssitzung verkündet, dass sie von den vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen des Oberbürgermeisters, die insgesamt 162 Millionen Euro betragen, Maßnahmen von rund 145 Millionen Euro mittragen würden. Die restlichen 17 Mio. Euro, die vornehmlich bei Kultur, Sport, Bildung und Jugend gestrichen werden sollten, lehnten sie ab und hatten dafür eigene Kompensationsvorschläge erarbeitet. Die fehlenden 17 Mio. Euro sollten laut Antrag der 3 Fraktionen durch eine **Erhöhung der Gewerbesteuer** von 470 auf 490 Punkte, einer erhöhten **Abgabe der Spielbank**, der Einführung einer „**Kultursteuer**“ von 3 Euro pro Hotelgast und Nacht, durch die feste Installation von städtischen **Radarfallen**, die Vermietung von Dächern städtischer Gebäude an Betreiber von **Solaranlagen** und sogenannten „**interkommunalen Projekten**“ erreicht werden. Alle vermuteten Einnahmen waren lediglich geschätzt und wurden auch nicht weiter erläutert.

Haushaltsreden

Zunächst hatten die Vorsitzenden aller Fraktionen die Gelegenheit ihre Positionen zum Haushalt darzulegen. 'Traditionell' wird der politische Gegner bei diesen Reden wenig geschont.

Herbert Mettler von der SPD erklärte wortreich, dass einerseits der „Aufbau Ost“, die unkalkulierbare „Gewerbesteuer“ und die „Wirtschaftskrise“ schuld an der städtischen Überschuldung seien, andererseits aber vor allem die Schuldigen in der Landesregierung und in der Person des Oberbürgermeisters zu suchen seien. Die angestrebte Erhöhung der Gewerbesteuer würde letztendlich weniger Arbeitsplätze kosten, als die vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Kürzungen.

Petra Vogt, die Fraktionsvorsitzende der CDU machte die „Kosten für die Unterkunft“ der Hartz IV-Bezieher, sowie gestiegene Kosten in der Jugend- und Altenhilfe für die städtischen Schulden verantwortlich, Kosten also, die die Stadt selbst nicht zu verantworten hätte. Außerdem klagte sie die „jahrzehntelange desaströse Finanzpolitik“ der SPD in Duisburg an und das „bedenkenlose Verteilen von Wohltaten“.

Dem entgegnete **Prof. Dr. Dieter Kantel von Bündnis90/die Grünen**, dass es sich in der Vergangenheit z.B. bei Kosten für Sprachförderung nicht um 'bedenkenlose Wohltaten' gehandelt habe. Er beklagte weiterhin, dass seit vielen Jahren das

Subsidiaritätsprinzip nicht eingehalten wurde, dass eine Kommune die Pleite sei nicht anderen Kommunen helfen könne und das zukünftig auch deutlich bei der sogenannten „Hochkultur“ (Deutsche Oper am Rhein) gespart werden müsse.

Anschließend erklärte auch noch der **Fraktionsvorsitzende der Linken, Hermann Dierkes**, dass der wesentliche Teil der städtischen Schulden nicht „hausgemacht“ sei und jetzt dringend ein überregionaler „Entschuldungsfond“ nötig wäre. Anschließend redete er sich weiter in Rage mit Formulierungen wie: „...Verhöhnung von Arbeitslosen...“, „...Umverteilung von unten nach oben...“, „...altrömische Dekadenz...“, „...den Menschen wird Sand in die Augen gestreut...“ und freute sich abschließend über die neue „Haushaltsmehrheit“ im Stadtrat.

Wilhelm Bies, FDP-Fraktionsvorsitzender, antwortete auf die Ausführungen der Linken deutlich und angemessen. Er erklärte der Öffentlichkeit, dass es in dieser Ratssitzung in Wirklichkeit weniger darum ging, die Bürger vor Kürzungen zu schützen, als im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen schon mal ein erstes Rot-Rot-Grünes-Bündnis zu schmieden und somit „die Erben Honneckers“, die „SED-Nachfolgepartei“ salonfähig zu machen. Er warf dem Fraktionsvorsitzenden der SPD vor, mit diesem Zusammenschluss die „Büchse der Pandora“ zu öffnen. Aber selbst ein Zitat von Willi Brand („Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein“) ließ die SPD-und Grünen-Mitglieder nicht an ihrem neuen Bündnis zweifeln.

Selbstverständlich ging Wilhelm Bies auf die schlimmen Folgen einer Gewerbesteuererhöhung ein und listete zum wiederholten mal alle städtischen Gesellschaften auf, die nach Meinung der FDP hätten längst privatisiert und/oder kapitalisiert werden sollen um der ständig wachsenden Altschuldenlast entgegen zu steuern. Er schloss mit den Worten: „Was heute diskutiert wird, das ist nicht unser Kurs und unser Haushalt. Wir lehnen ab“. *(Die ganze Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies können Sie im Internet unter www.fdp-duisburg.de nachlesen.)*

Der Fraktionsvorsitzende der DWG, Stephan Krebs, äußerte zwar Kritik an einzelnen Einsparvorschlägen des Oberbürgermeisters, resümierte aber, dass er den überwiegenden Teil der Ideen mittragen werde.

Knut Happel von der BürgerUnion forderte noch drastischere Einsparmaßnahmen.

Bebauungsplan Rhein-Ruhr-Halle / Factory-Outlet-Center Hamborn

Bereits beim ersten Antrag der Tagesordnung erwies sich das neue Bündnis aus SPD, Grünen und Linken als beständig. Demnach wurde die Tagesordnung und die Abstimmungsreihenfolge neu sortiert. Und noch vor allen weiteren haushaltsrelevanten Abstimmungen wollte die SPD über den **Bebauungsplan für das Gelände der Rhein-Ruhr-Halle** und des alten Hallenbades in Hamborn diskutieren und abstimmen. Und obwohl die Grünen dieser Änderung der Tagesordnung noch zustimmten, folgte dann der einzige Tagesordnungspunkt, bei dem SPD, Grüne und Linke nicht zusammen stimmten. Nur die SPD, Ratsherr Hagenbuck von der DWG und Bürgermeister Lensdorf von der CDU stimmten

gegen den B-Plan ´Rhein-Ruhr-Halle`. Alle anderen, auch die Fraktion der Grünen, stimmten für den Aufstellungsbeschluss und somit letztendlich für eine 70-Mio.-Euro-Investition an dieser Stelle, wenn das geplante Factory-Outlet-Center dort gebaut wird.

Haushaltssicherungskonzept des OB abgelehnt

Bei den folgenden 94 Einzelabstimmungen, die der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen und Linken zum **Haushaltssicherungskonzept** enthielt, stand die neue Ratsmehrheit fest zusammen. Fast alle wesentlichen Einsparvorschläge des Oberbürgermeisters waren somit abgelehnt und die o.g. Kompensationsvorschläge wurden allesamt beschlossen. Meist gegen die Stimmen der CDU, des Oberbürgermeisters, der DWG und der BU. Immer aber gegen die Stimmen der FDP. Die Fraktionsmitglieder der FDP hatten sich entschlossen, weder dem Sparkonzept der CDU noch dem der SPD-Linken-Grünen zuzustimmen, da der von der FDP aufgezeigte Weg über Privatisierungen und Einsparungen (in den vergangenen Jahren und auch in Vorgesprächen dieser Ratssitzung) weder von der einen, noch von der anderen Seite ´auch nur im Ansatz´ mitgetragen wurde.

Steuer- und Gebührenerhöhungen beschlossen

Durch die Einzelabstimmungen innerhalb des SPD-Grünen-Linken-Antrags hatten sich viele andere Einzelbeschlüsse, die ursprünglich auf der Tagesordnung gestanden hatten erledigt. Einige wenige haushaltsrelevante Abstimmungen verblieben noch, bei denen sich die FDP ebenfalls dagegen aussprach. Zum Beispiel eine Beschlussvorlage, wonach der Oberbürgermeister sich bei der Landesregierung dafür einsetzen solle, dass Duisburg von den Zahlungen zum **Solidarpakt II** befreit werde, was gesetzmäßig so völlig unmöglich ist. Oder auch die Erhöhung der **Hundesteuer**, die Erhöhung der **Vergnügungssteuer**, die Einführung einer „**Sex-Steuer**“, der Streichung von 6 Stellen beim Gesundheitsamt, oder die Erhöhung der **Brandschauggebühren**. Alle anderen Fraktionen stimmten diesen Ideen zu. Einstimmig wurde lediglich der städtische Stellenplan für 2010 beschlossen. Auch bei der endgültigen Abstimmung über den städtischen Haushalt 2010 inkl. der beschlossenen Änderungen triumphierte das Rot-Rot-Grüne Bündnis. Nun muss die Bezirksregierung über diesen Haushaltsplan entscheiden. Es ist aber zweifelhaft, ob der Regierungspräsident die vielen „Luftbuchungen“, die nur ´vermutet´ und ´rein theoretisch´ zu Einsparungen führen würden, erlaubt.

Projekt 2027

Allein schon wegen der fortgeschrittenen Zeit wurden viele der folgenden 54 Beschlussvorlagen dann ohne große Diskussionen einstimmig beschlossen. Bei zwei Beschlüssen zum „**Projekt 2027**“ stimmte die FDP dagegen. FDP-Ratsherr Frank Albrecht begründete die Ablehnung damit, dass hier ganz bestimmte Thesen unter den Überschriften „Interkulturelle Urbanität“ und „Stadt der Gleichberechtigung der Frauen“ für viele Jahre beschlossen werden, die mit der Entwicklung eines Flächennutzungsplanes nichts oder nur sehr wenig zu tun haben. Auch gegen die Einrichtung eines „**Kommunalen Grundstücksfonds**“ stimmte die FDP gegen alle anderen Fraktionen.

Sonstige Beschlüsse des Stadtrates

Einstimmig beschlossen wurde, neben vielen anderen Vorlagen, auch der geplante **Brückenzug zwischen Kasserfeld und Ruhrort** (Tausendfensterhaus), die Jahresabschlüsse von DuisburgSport und IMD, verschiedene Bebauungspläne im ganzen Stadtgebiet und eine Dienstreise zur Partnerstadt Portsmouth.

Skurrile Anträge und Beschlüsse

Die SPD zog ihren Antrag zur „**Einführung eines Sozialtickets**“ unter Top 100 zurück. Ebenso die Grünen ihren Antrag zur Unterstützung eines „**Sanktionsmoratoriums**“. Mehrheitlich wurde beschlossen (gegen die Stimmen der FDP), dass die Stadt sich einer Verfassungsbeschwerde anschließen möge, „**gegen die strukturelle Unterfinanzierung gesetzlicher Pflichtaufgaben im Sozialbereich**“. Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Antrag der Linken zur Einführung einer **Millionärssteuer(!) in Duisburg**. Nur die Linken und die SPD stimmten peinlicherweise für solchen populistischen Unsinn.

Die 11 Tagesordnungspunkte der nicht öffentlichen Sitzung waren anschließend schnell beraten, so dass die Ratssitzung, die um 15 Uhr begonnen hatte, um 21:20 Uhr zu Ende ging. Ziemlich spät, aber dennoch deutlich früher, als viele Ratsmitglieder vorher erwartet hatten.